



Von Martin A. Banger,
www.12zeichen.de oder
0 43 34/1810 00

Widder (21.3.–20.4.):
Zuviel vorgenommen? Andere werden es Ihnen nicht übelnehmen, wenn Sie auch mal Schwäche zeigen.

Stier (21.4.–20.5.):
Jetzt heißt es am Ball bleiben. Ihre Ziele sind realistisch, auch wenn andere an Ihnen zweifeln.

Zwillinge (21.5.–21.6.):
Das sieht heute eher nach einer Hürde aus, die Sie bewältigen müssen, als nach Spaß bei der Arbeit. Nur wenn Sie das Wesentliche im Auge behalten, kommen Sie voran.

Krebs (22.6.–22.7.):
Sie haben den Eindruck, nicht so genau zu wissen, wo Sie gerade stehen? Ziehen Sie sich besser nicht zu sehr zurück.

Löwe (23.7.–23.8.):
Wenn Sie wissen, was Sie wollen und auch andere von Ihren Absichten überzeugen können, dürfen Ihre Anstrengungen jetzt Früchte tragen.

Jungfrau (24.8.–23.9.):
Warten Sie nicht länger darauf, dass sich irgend etwas von selbst ergibt. Ihnen steht genügend Energie zur Verfügung, die Dinge selbst zu regeln.

Waage (24.9.–23.10.):
Keine besonders aufregenden Einflüsse zur Zeit. Aber es ist ja auch nicht die große Aufregung, nach der Sie suchen.

Skorpion (24.10.–22.11.):
Kaum gehen Sie aus sich heraus, kommt man Ihnen auch schon entgegen. Ob gebunden oder als Single - Sie werden diesen Tag wohl kaum allein verbringen.

Schütze (23.11.–21.12.):
Was als harmloses Gespräch beginnt, kann sich zu einem spannenden Flirt entwickeln.

Steinbock (22.12.–20.1.):
Üben Sie Nachsicht mit sich selbst - für einiges, was schief läuft, sind andere verantwortlich. Mit Vorwürfen sollten Sie sich aber zurückhalten.

Wassermann (21.1.–19.2.):
Bleiben Sie gelassen, wenn ein Ergebnis nicht Ihren Erwartungen entspricht.

Fische (20.2.–20.3.):
Nette Worte wirken Wunder. Jetzt können Sie jemanden schwerer von sich beindrucken.

„Über den Tisch gezogen“

Zu „Es kam schlimmer als gedacht“ (Urteil zu Abwasseranschlussgebühren), Volksstimme vom 25. Januar:

Wie andere Hausbesitzer bin auch ich über das Urteil des Landesverfassungsgerichts mit 4:3 Richterstimmen gegen den Antrag der Linken sehr enttäuscht. Es ist leider in der Politik so, wenn es um Abstimmungen geht, gewinnt die Regierungsmehrheit. Das war wieder einmal Machtdemonstration unter dem Motto „Wir entscheiden über Recht und Unrecht, die Vernunft steht außen vor“.

Jeder gewählte Abgeordnete hat das Vertrauen seiner Wähler, und als Wähler zählt man auch auf Beistand und Unterstützung, wenn es um Probleme der Bevölkerung geht.

Das neu gewählte Parlament hat jeglichen Kontakt zur Bevölkerung verloren und viele Wähler enttäuscht. Es würde sich eigentlich von der Landesregierung gehören, in Verantwortung zu gehen und gemeinsam mit dem TAV eine vertretbare soziale und gerechte, bezahlbare Lösung zu erarbeiten, z. B. pro Hausanschluss und Wohnungen einen Pauschalbetrag zu fordern und nicht bebauten Grundstücksflächen wie Gärten und Ackerland, welche keinerlei Einfluss auf Kläranlagen haben, aus der Berechnungsgrundlage herauszunehmen. Diese Flächen absorbieren große Mengen an Niederschlag und entlasten die Kläranlage.

Mit solcher Entscheidung wären die Bürger sicher eher



Ende Januar hat Sachsen-Anhalts Verfassungsgericht entschieden, dass auch Altanschlößer Gebühren für den Anschluss ans Abwassernetz zahlen müssen. Foto: dpa

einverstanden und fühlten sich nicht über den Tisch gezogen, wie es den vielen Hausbesitzern mit Altanschlüssen vor 1992 geht.

Reinhard Tell, Harbke (Landkreis Börde)

„Ohrfeige für den Rechtsstaat“

Dieses Urteil zur langfristigen Nacherhebung von Beiträgen ist eine schallende Ohrfeige für den Rechtsstaat. Warum? Weil die Abgabenordnung (Bundesrecht) nämlich die zeitliche Befristung, nachträglich durch die Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Landesrecht)

aufgrund der politischen Mehrheiten ausgehebelt wurde. Damit ist die Rechtssicherheit des Bürgers untergraben worden.

Es ging nicht um die Frage der Rechtmäßigkeit der Erhebung von Beiträgen. Wenn die Anlagen nach dem 3. Oktober 1990 erbaut wurden und eine Satzung in den Verbänden vorhanden war, konnten die Verbände Beiträge erheben. Sie hätten es sogar gemusst, um sozialverträgliche Gebühren zu gewährleisten.

Medien und Politik haben den Bürgern nie erklärt, warum nach 1990 Beiträge zu Abwasser, Wasser und Straßenbau im Osten erhoben werden. Die meisten können nicht einmal Gebühren und Beiträge unterscheiden. In der DDR wurden keine Beiträge erhoben, weil der Grund und Boden Volkseigentum war. Es wurde das Privateigentum nicht angetastet und erst nach 1960 wurden die Beiträge für Straßenbau ausgesetzt. Das Gericht hat mit seiner mehrheitlichen Entscheidung einen weiteren Baustein dazu beigetragen, den demokratischen Rechtsstaat zu vernichten. Stattdessen hätten die Verfassungsrichter der Landesregierung und allen beteiligten Verwaltungen einmal richtig die Leviten lesen sollen. Das

werden. Die meisten können nicht einmal Gebühren und Beiträge unterscheiden.

In der DDR wurden keine Beiträge erhoben, weil der Grund und Boden Volkseigentum war. Es wurde das Privateigentum nicht angetastet und erst nach 1960 wurden die Beiträge für Straßenbau ausgesetzt. Das Gericht hat mit seiner mehrheitlichen Entscheidung einen weiteren Baustein dazu beigetragen, den demokratischen Rechtsstaat zu vernichten. Stattdessen hätten die Verfassungsrichter der Landesregierung und allen beteiligten Verwaltungen einmal richtig die Leviten lesen sollen. Das

ist ihre Aufgabe. Das, was hier passiert ist, zeigt das Versagen aller Beteiligten. Der Wirt war der Verantwortlichkeit bei der Umsetzung der Abwasserbeseitigung und der Inkompetenz vieler Amtsträger führten zu hohen Kosten. Leidtragende sind die Bürger, die ihre Interessenlosigkeit jetzt bezahlen müssen.

Jeder muss sich fragen, wie habe ich Einfluss genommen auf die Entscheidung? Und nicht Ausreden suchen! Demokratie funktioniert nur bei Beteiligung und bei Kompetenz der Ausführenden sowie deren Kontrolle! Das stelle ich hier infrage. **Klaus-Dieter Albrecht, Haldensleben**

„Regierung setzt Ziel zu niedrig an“

Zu „Geld für Rechner und Tablets in den Schulen“, Volksstimme vom 28. Januar:

Dass Sachsen-Anhalt in diesem Punkt so schlecht dasteht, hat die CDU-geführte Landesregierung in großen Teilen selbst mitzuverantwortet. Die Landesregierung hat selber vorgegeben, dass das Ziel 50 Mbit/s für die Übertragungsräte sein soll. Vermutlich durch gute Lobbyarbeit der Telekom wurden genau diese 50 Mbit/s als

Grenze gewählt, weil die Telekom bis zu 50 Mbit/s gerade so auf den alten Zweidraht-Kupferleitungen liefern kann - wenn auch vielerorts nur unter Zuhilfenahme von Mobilfunkleistungen aus dem LTE-Netz von T-Mobile. Da kann man nur hoffen, dass die Landesregierung ihre Agenda auch so durchsetzt, wie sie geschrieben steht: „Das Land Sachsen-Anhalt soll bis zum Ende des Jahres 2018 flächendeckend mit einem Next Generation Access (NGA)-Breitbandzugangsnetz von in der Regel mindestens 50 Mbit/s versorgt sein.“ Das

heißt dann genau genommen, auch 50 Mbit im Upload. Das ist aber nur durch „echten“ und zukunftsfähigen Ausbau mit Glasfaserkabeln möglich. Die Landesregierung sieht die Zukunft bei 50 Mbit/s. Schon seit mindestens letztem Jahr sind jedoch in echten Ausbaubereichen 120, 240 und mehr Mbit/s auch für Privathaushalte möglich, zum Beispiel für Kunden der MDCC, Glascom Salzlandkreis usw.

Wenn die Landesregierung ihre Ziele so niedrig ansetzt und dafür Fördergelder vergibt, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass am Ende nur warme Worte und Fotos von Politikern mit Telekommitarbeitern in der Zeitung übrig bleiben. **Wolfgang Jaeger, Magdeburg**

den Jahren mehr Misserfolge als Erfolge bei der Betriebsführung gebracht. Heute muss man sagen, dass das „Der Fluch der bösen Tat“ ist. Es erfolgten Wechsel bei den Vorständen, die meines Erachtens nach keinerlei Kenntnisse der Betriebsführung besaßen haben. Ich bin der Auffassung, dass Minister Dobrindt gut beraten wäre, die Betriebsführung der Deutschen Bahn jener der Österreichischen Bundesbahn bzw. der Schweizerischen Bundesbahn anzugleichen. **Klaus Bätz, Magdeburg**

Es fehlt an Kenntnissen

Zu „Grube zieht die Notbremse“, Volksstimme vom 31. Januar:

Die 1994 erfolgte unsinnige Privatisierung der Deutschen Bahn hat in den zurückliegen-

den Jahren mehr Misserfolge als Erfolge bei der Betriebsführung gebracht. Heute muss man sagen, dass das „Der Fluch der bösen Tat“ ist. Es erfolgten Wechsel bei den Vorständen, die meines Erachtens nach keinerlei Kenntnisse der Betriebsführung besaßen haben. Ich bin der Auffassung, dass Minister Dobrindt gut beraten wäre, die Betriebsführung der Deutschen Bahn jener der Österreichischen Bundesbahn bzw. der Schweizerischen Bundesbahn anzugleichen. **Klaus Bätz, Magdeburg**

In einem Satz

„Wegen Fake News wurden schon Kriege angefangen, auch von Ländern, die jetzt Fake News als Gefahr für die Demokratie ansehen.“

Ralf Kuke, Erfurt, zum Umgang mit falschen Nachrichten (Fake News)

Facebook

„Sichtschutz um Grube Bildung“

Zu „Tullner setzt auf Quereinsteiger“, www.volksstimme.de vom 2. Februar:

Für diese Absichtserklärung braucht es eine Regierungserklärung? Ich habe sie angehört und würde sagen: Hier wurde verbal ein Sichtschutz um die Baugrube Bildung und Lehrerversorgung gezogen. Neues war nicht zu vernehmen. **Walter Helbling**

Es würde Schulen und Lehrern bzw. denen, die es werden wollen, bereits helfen, wenn sie endlich eingestellt werden würden. Das sollte Priorität haben. Bei Quereinsteigern geht es doch sicher in erster Linie darum, Gelder zu sparen, die aufgrund der fehlenden Voraussetzungen für einen Beamtenstatus eingespart werden können. **Angelika Kühn**

„Lasst jedem Tier den Lebensraum“

Zu „Widersacher für den Wolf“, www.volksstimme.de vom 2. Februar:

Nicht der Wolf ist Ursache, sondern der Mensch, weil er alles zerstört, was Mutter Erde aufgebaut hat. Alles, was dem Wolf bzw. anderen Tieren gehört, hat der Mensch genommen. Immer daran denken, das Tier war eher da als die Menschheit. Die Natur wird sich an der Menschheit rächen. Lasst dem Wolf oder jedem anderen Tier den letzten Lebensraum. **Hans-Guenter Haase**

Es ist schade um die Steuern

Zu „Krisentreffen im Goldenen Engel“, (Streit in der AfD) www.volksstimme.de vom 1. Februar:

Das Einzige, was mich in dieser Posse aufregt, ist, dass dieser Verein von meinen Steuern finanziert wird. **Thomas Fährmann**

Sudoku

Die Zahlen von 1 bis 9 sind so einzutragen, dass sich jede Zahl nur einmal in jeder Horizontalen, einmal in jeder Vertikalen und nur einmal in jedem kleinen Neuner-Quadrat befindet. Rechts die Auflösung vom 02. Februar.

5	7	1	9	6	4	8	2	3
9	4	8	7	2	3	1	5	6
6	3	2	1	8	5	9	4	7
8	2	4	3	5	6	7	9	1
1	9	3	4	7	8	2	6	5
7	6	5	2	9	1	3	8	4
4	5	7	8	2	6	1	9	3
3	8	6	5	1	9	4	7	2
2	1	9	6	4	7	5	3	8

	4			5					2
2	1	6	7	8					4
		9	1						
	8	7	5						
	5			9					4
					1	6	8		
					7	4			
7				6	5	3	1	8	
3				1					6

Kreuzworträtsel

Auflösung vom Donnerstag: „Trends“
Rechts die Auflösung vom Donnerstag, dem 02. Februar. Heute suchen wir eine Artbezeichnung für Pferde.

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

■ ■ ■ N ■ ■ ■ ■ W ■
L A U D A T I O
N E T Z B A L L
■ S Z O E D ■
■ T B C F ■ A ■
■ H A E K E L N
W E R ■ E L A N
■ T ■ M A N I E

ital. Weinschaumcreme	südamerikanischer Papagei	Nacht-lokal	Berg-weide	eine Schokolade	besitz-anzei-gendes Fürwort
→	→	→	→	→	→
Kennzeichen			Roman von King		kurz.für: an dem
→	→	→	→	→	→
halb-fetter Hart-käse	Wind-seite	ältester Sohn Noahs (A.T.)		Initialen des Malers Renoir	Honig-wein
→	→	→	→	→	→
gänzlich gefüllt		ehem. Einheit für den Druck			englisch: uns
→	→	→	→	→	→
höchster Berg der Erde					
→	→	→	→	→	→

Zahlenrätsel

Auflösung vom 02. Februar

1 = S, 2 = H, 3 = L, 4 = M, 5 = R, 6 = G, 7 = N, 8 = P, 9 = Z, 10 = K, 11 = F, 12 = E, 13 = O, 14 = T, 15 = A, 16 = U, 17 = I, 18 = B

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
M	5	4	7			8	5	14										
11	A		12			16	11	1	1									
10	K		8		14	5	19			11								
12	O		9		5		4			11								
			10			3	14	9	10									
10			11		13		11	8	5	6	6							
11			14		4	9			14									
8			5		3	9			11	2	14							
14			14		15	17	9		11									
13			11		7	17			10									
5			11		9	7			5	14	4							
9			14		8	16			5	9	15	18						

So erreichen Sie uns

Redaktion Volksstimme
Postfach 4028
39015 Magdeburg
Telefon: (0391) 5999-0
Fax: (0391) 5999-400
leserpost@volksstimme.de

Wir freuen uns über Ihre Leserbriefe. Bitte geben Sie für Rückfragen Anschrift und Telefonnummer oder E-Mailadresse an und vermerken Sie, auf welchen Beitrag in der Volksstimme sich Ihr Leserbrief bezieht. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Leserbriefe können auch auf volksstimme.de veröffentlicht werden.

Leser-Obmann:
Montags, 17 bis 18 Uhr und dienstags, 10 bis 11 Uhr
Telefon (0391) 5999-307 oder leserobmann@volksstimme.de